

Deutsche Uhrmacher-Zeitung

Bezugspreis

für Deutschland von der Geschäftsstelle bezogen vierteljährlich 9 Mark. Bei direkter Bestellung bei der Post vierteljährlich 100 Mark. Für Österreich (unter Streifband) vierteljährlich 16 Mark. Für das Ausland (unter Streifband) vierteljährlich 26 Mark einschl. Porto.

Die Deutsche Uhrmacher-Zeitung erscheint regelmäßig an jedem Freitag

Fernsprecher: Amt Moritzplatz 12398 bis 12399



Preise der Anzeigen

Die vierspaltige kleine Zeile oder deren Raum für Geschäfts- u. vermischte Anzeigen 2.40 Mark, für Stellen-Angebote und -Gesuche die Zeile 1.60 Mark. Die ganze Seite (400 Zeilen) wird mit 800 Mark berechnet; Ausland 200% Zuschlag

Postscheck-Konto: 2581 Berlin

Bank-Konto: Disconto-Gesellschaft, Dep.-Kasse Berlin, Lindenstraße 3

Telegramm-Adresse: Uhrzeit Berlin

Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren-Markt

Herausgegeben von Wilhelm Schultz, Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8

XLV. Jahrgang

Berlin, 4. Februar 1921

Nummer 6

Alle Rechte für sämtliche Artikel und Abbildungen vorbehalten

Zur Stellungnahme des Handwerks bei den kommenden Wahlen

Von K. Helmer

(Schluß zu Seite 57)

Entsprechend der entscheidenden Bedeutung, die den Volksvertretungen im Reiche, den Einzelstaaten und Gemeinden beizumessen ist, muß das Streben des Handwerkes zunächst dahin gehen, in diesen Körperschaften einen seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Einfluß zu gewinnen. Dieses Ziel kann auf verschiedene Weise angestrebt werden: 1. durch Gründung einer eigenen politischen Handwerkerpartei; 2. durch Anschluß an besondere politische Mittelstandsgruppen; 3. durch Verhandlung mit den bereits bestehenden bürgerlichen Parteien zwecks Wahrung und Förderung der Handwerkerinteressen.

Welcher dieser drei Wege eröffnet nun die meiste Aussicht, zu dem erstrebten Ziele zu gelangen, oder ihm doch wenigstens so nahe zu kommen, als es den Umständen nach überhaupt möglich ist? Von der Gründung einer eigenen Handwerkerpartei kann aus den verschiedensten Erwägungen heraus nur dringend abgeraten werden. Selbst dann, wenn sämtliche Handwerker mit ihren stimmberechtigten Angehörigen ihre Stimme einer solchen Partei geben würden, entfielen auf diese nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Mandaten (im Höchstfall etwa 40), die neben den großen politischen Parteien zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wären; höchstens könnten sie ausnahmsweise bei irgend einer Gelegenheit einmal den Ausschlag geben. Eine derartige Partei würde sich gewiß auch nicht der Liebe der übrigen Parteien zu erfreuen haben, weder der bürgerlichen, denen die Handwerkerstimmen entzogen wurden, noch der sozialistischen, die als Gegner des selbständigen Handwerkes noch niemals Lust gezeigt haben, diesem die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Aussichten einer politischen Handwerkerpartei würden jedoch in Wirklichkeit noch erheblich ungünstiger werden, da gar nicht damit zu rechnen ist, daß die Handwerker geschlossen für diese Partei stimmen würden. Jede politische Partei muß ein fest umrissenes Programm haben, das sich auf die Gesamtheit des politischen Lebens und nicht nur auf eine oder einige Fragen erstreckt. Alle Parteien dagegen, die nur im Hinblick auf eine große Frage gegründet wurden, haben sich stets in allen anderen Fragen als nicht oder nur wenig arbeitsfähig erwiesen, da die Vertreter solcher Parteien sich einmütig nur bezüglich des einen Zieles zusammenfinden, im übrigen dagegen ihre eigenen Wege gehen, und da sie sich, was die Stellungnahme zu den übrigen Fragen des politischen

Lebens angeht, zu den verschiedensten Richtungen bekennen. Auf ein einheitliches, umfassendes Programm wäre deswegen bei einer Handwerkerpartei nicht zu rechnen. Einer solchen Sachlage gegenüber würden sehr viele Angehörige des Handwerkes, denen neben ihren reinen Berufsinteressen außenpolitische, kulturelle und ähnliche Ziele von wesentlicher Bedeutung sind, für diejenige Partei stimmen, von der sie sich für die Durchsetzung der Mehrzahl ihrer Forderungen am meisten versprechen.

Mehr Aussicht auf Erfolg würde schon der Anschluß des Handwerkes an eine politische Mittelstandspartei (Wirtschaftliche Vereinigung) bieten, die sich nicht nur an das Handwerk, sondern auch an andere selbständige Erwerbskreise, z. B. den kleineren und mittleren Kaufmannsstand wendet. Zweifellos würde bei dem erheblich größeren Resonanzboden eine solche Partei weit mehr Stimmen auf sich vereinigen, als eine reine Handwerkerpartei. Trotz der günstigeren Aussichten einer Mittelstandspartei würden die Interessen des Handwerkes jedoch durch den Anschluß an diese immer noch nicht in dem Maße vertreten werden, wie es wünschenswert und — was besonders wichtig ist — auf andere Weise auch erreichbar wäre. Eine Mittelstandspartei wird sich niemals zu beachtlicher Größe und zu bedeutendem Einflusse erheben können, da ihr ja ebenso wie einer Handwerkerpartei und aus den gleichen Gründen wie dieser die Aufstellung eines einheitlichen politischen Programms unmöglich sein wird. Würden auch die übrigen Erwerbskreise nach dem Rezept einer Mittelstandspartei verfahren, so könnten wir das wenig erhebende Schauspiel erleben, daß alle Berufsgruppen eigene politische Parteien bildeten, also z. B. eine Landwirtpartei, eine Partei der Industriellen, eine Partei der Gelehrten und sonstigen Kopfarbeiter usw. Damit wäre die reinste Interessen- und Kastenpolitik, das Widerspiel aller echten Politik, zum Prinzip erklärt. Zu solchen unnatürlichen Bildungen wird es selbstverständlich nicht kommen; deswegen hat eine Mittelstandspartei im politischen Leben keine Daseinsberechtigung. Unter dem automatischen Druck der Verhältnisse wird eine solche Partei auch niemals zu nennenswertem Einflusse gelangen. Zwar wird oft von einigen großen Parteien behauptet, sie seien nichts als Parteien der Landwirtschaft, der Großindustrie usw. Wenn auch die Interessen einzelner großer Berufskreise von diesen Par-